



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
lokalen Medien

04.12.07

Zukunftsabkommen konsequent umsetzen: Privat vor Staat falscher Ansatz für Klinikum

Presseerklärung

Rechtzeitig vor den entscheidenden Weichenstellungen für das Klinikum flattern den Fraktionen die Angebote Privater ins Haus, die eine Komplettsanierung bzw. Neubau des Klinikums Dortmund am Standort Immermannstraße anbieten. Die z.B. von Helios ins Spiel gebrachten Summen in Höhe von 250 – 350 Mio Euro sind gigantisch und in der Tat weder vom Träger noch vom Land aufzubringen.

SPD und GRÜNEN ist bewusst, dass ein solches Privatisierungsmodell insbesondere von CDU und FDP in letzter Konsequenz favorisiert wird und in zahlreichen Fällen bundesweit von den Kommunen als letzter Ausweg akzeptiert wird. SPD und Grünen sind nach wie vor der Meinung, dass „Privat vor Staat“ kein Allheilmittel ist.

Dazu Mario Krüger, Fraktionssprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Was zunächst einfach und einleuchtend wirkt, hat bei näherem Hinsehen Konsequenzen, die nicht ernsthaft gewünscht werden können. Die Stadt Dortmund hat sich vor Jahren entschieden, den Standort Mitte zu erhalten und dort Investitionen vorzunehmen. Eine Zentralisierung wurde ernsthaft geprüft und verworfen. Seitdem wurde der Standort Mitte durch verschiedene Maßnahmen und mit Hilfe von Landesfördermitteln modernisiert. Diese Fördermittel müssten zurückgezahlt werden.“



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Helios müsste eine Ergebnisverbesserung von mindestens 50 Mio Euro pro Jahr erzielen, um die Investitionen abzuschreiben und eine Rendite zu erzielen, mit der das Unternehmen seine Expansion und den Ankauf weiterer Häuser finanzieren kann. Dies ginge nur durch zwei Maßnahmen: Reduzierung des Leistungsangebotes und damit eine Konzentration auf wirtschaftliche Bereiche sowie Abbau von Personal. Der zugesicherte Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für drei Jahre macht deutlich wohin der Weg führt. Da geht es mittelfristig um den Verlust von einer nicht absehbaren Zahl von Arbeitsplätzen, der allein mit der Konzentration auf einen Standort unweigerlich verbunden wäre. Qualitätssicherung wäre mit einem solchen Vorgehen nicht verbunden.“

Dazu der SPD-Vorsitzende Ernst Prüsse: „Wir sehen das Handlungspotenzial des Klinikums Dortmund nach wie vor noch längst nicht ausgereizt. Wir gehen davon aus, dass mit Hilfe eines städtischen Investitionszuschusses, einer konsequenten Fortsetzung der Maßnahmen des Zukunftsabkommens und einem Notlagentarifvertrag das Klinikum zukünftig wirtschaftlich geführt werden kann.“.

Repräsentative Ergebnisse eines Vergleiches zwischen kommunalen und privaten Kliniken macht deutlich, dass es in den letzten Jahren zu einer signifikanten Verschlechterung in der Versorgungsqualität in privaten Kliniken gekommen ist und auch eine größere Effizienz nicht nachgewiesen werden kann, was sich in dem deutlichen Verfehlen des Landesbasisfallwertes niederschlägt. Die „Stärken“ der privaten Kliniken ergeben sich vorrangig aus niedrigen Personalkosten und einer Konzentration auf kostengünstigere Fälle.

Daniela Schneckenburger, GRÜNE Landesvorsitzende und Mitglied im Aufsichtsrat des Klinikums: „Die Beschäftigten des Klinikums Dortmund, die möglicherweise angesichts der Unsicherheit über die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens Sympathien für eine Privatisierung entwickeln, sollten sich diese Perspektiven vergegenwärtigen. Diejenigen, die für volle Besitzstandswahrung eintreten, müssen allerdings damit rechnen, dass das Insolvenzrisiko steigt und eine Entwicklung stattfindet, die nicht mehr umzukehren ist.“



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Es ist darüber hinaus absehbar, dass es weitere so genannte Marktbereinigungsprozesse geben wird, die die Kliniklandschaft insgesamt verändern und die Bedingungen für ein Krankenhaus mit einem Maximalversorgungsanspruch möglicherweise verbessern. SPD und GRÜNEN halten es für notwendig, dass diese Versorgungsbreite gewährleistet bleibt und eine Patientenselektion vermieden wird. Aus diesem Grund kommt für SPD und GRÜNEN eine Privatisierung als scheinbar einfachere Lösung nicht in Frage.

Was den umstrittenen Notlagentarifvertrag angeht, so müssen in erster Linie die Beschäftigten davon überzeugt sein, dass die Notlage dadurch tatsächlich abgewendet und auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden kann. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist eine wie auch immer geartete Einbuße bei den Beschäftigten zur Zeit neben dem Beitrag der Stadt für weitere Investitionen das einzige kurzzeitig wirksame Mittel, um den Handlungsspielraum des Klinikums soweit zu vergrößern, dass mittelfristig weitere zukunftsichernde Maßnahmen realisiert werden können. Eine Privatisierung oder ein Ausstieg aus dem kommunalen Arbeitsgeberverband kann nicht ernsthaft als bessere Alternative angesehen werden.